

(A) **Ministerialdirektor Dr. Fritzsche:** Regierungserklärung zu dem Antrage Nr. 324:

Das Demonstrationsverbot für die Stadt und den Bereich der Amtshauptmannschaft Chemnitz und des Amtsgerichtsbezirks Burgstädt ist am 17. Januar 1930 mit Wirkung vom 18. Januar auf eine Woche wegen der Vorgänge in Hartmannsdorf erlassen worden und, da sich die Verhältnisse noch nicht beruhigt hatten, am 23. Januar 1930 um eine Woche verlängert worden. Es hat mit dem 31. Januar sein Ende erreicht.

Die Anfrage ist also nunmehr gegenstandslos.

Nun zum Antrage Nr. 326, Entschädigungsfrage, ist die Rechtslage folgende.

Nach dem bisherigen Ergebnis der Erörterungen über die Hartmannsdorfer Vorgänge liegt keinerlei Verpflichtung zum Schadenersatz gegenüber den zu Schaden gekommenen Demonstranten oder ihren Angehörigen vor. Ansprüche gegen den Staat müßten entweder vor den ordentlichen Gerichten nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder vor den Versorgungsbehörden nach § 18 des Kriegs-Personenschädengesetzes geltend gemacht werden.

Stellvertretender Präsident D. Sidmann: Ich eröffne die Aussprache.

Abgeordneter Uhlig: Die Sozialdemokratische Fraktion hat zu Punkt 11 folgenden Abänderungsantrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

die Regierung wird ersucht, auf die zuständigen Bezirksfürsorgeverbände in dem Sinne einzuwirken, daß den Hinterbliebenen der Opfer des Hartmannsdorfer Zusammenstoßes, soweit noch nicht geschehen, sofortige Hilfe zuteil wird, und daß sie mindestens dieselben Unterstützungssätze erhalten, die anderen Unterstützungsberechtigten auch gewährt werden.

Im Bedarfsfalle sind den Bezirksfürsorgeverbänden die dafür aufgewendeten Mittel aus Staatsmitteln zu ersetzen.

Ich bitte den Landtag, diesen Antrag anzunehmen.

Wir haben schon in der Sitzung vom 21. Januar deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir die Vorgänge in Hartmannsdorf aufs tiefste bedauern, und haben auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir die Menschenopfer ebenso bedauern, die dort den kommunistischen Machinationen zum Opfer gefallen sind. Wir erklären auch heute, daß wir keinen Augenblick daran denken, uns etwa schützend vor eine Polizei zu stellen, der nachgewiesen werden kann, daß sie ihre Befugnisse überschritten hat. Aus dem Grunde heraus hat ja meine Fraktion auch in der Sitzung vom 21. Januar den Antrag gestellt, daß die Vorkommnisse auf das peinlichste untersucht werden und die Schuldigen zur Bestrafung herangezogen werden müssen. Aber nachdem der Herr Kollege Opitz noch einmal sich mit den Vorkommnissen in Hartmannsdorf beschäftigt hat, erscheint es auch uns notwendig, die Dinge noch einmal näher zu betrachten, insbesondere auch deshalb, weil in der Zwischenzeit der Streik beendet worden ist.

Wenn wir die Frage stellen, was sich in Hartmannsdorf abgespielt hat, so haben wir zunächst darnach zu fragen: Welche Urheber waren vorhanden, die diese Vorgänge verschuldet haben? Da sehen wir zwei intellektuelle Urheber, auf der einen Seite den Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie, Sitz Chemnitz, und auf der anderen Seite die Kommunisten. (Lachen

b. d. Komm.) Der Arbeitgeberverband in Chemnitz hat durch mehrere Rundschreiben bei den Arbeitgebern, also bei seinen Mitgliedern sozusagen eine Lohnabbaupolychose geschaffen, die natürlich auch ihre Auswirkung bei den Hartmannsdorfer Betrieben gezeitigt hat. Mitte November wurde ein Anschlag in diesen Betrieben gemacht, wonach folgende Sätze bekanntgegeben wurden, die als Abbau in Frage kommen sollten, und zwar für Ketten- und Rundstuhlarbeiter 8%, für Kopfscherer 21%, für Milanesescherer 20%, für Seidenscherer 30% und für Spuler 27%. Dieser gewaltige Abbau der Akfordlöhne wurde selbstverständlich von der Arbeiterschaft auf das entschiedenste zurückgewiesen, die Arbeiterschaft war gewillt, unter allen Umständen diesen Lohnabbau abzuwehren. Aber wir sahen auch hier wieder, daß die Kommunisten in geradezu unverantwortlicher Weise sich auch in diese wirtschaftlichen Auseinandersetzungen einmischten, und zwar nach unserer Auffassung lediglich zu dem Zwecke, parteipolitische Geschäfte zu machen. Die Kommunisten glaubten vielleicht, daß es den Gewerkschaften nicht gelingen könnte, diese Abbaumaßnahmen zu verhindern. Diesen Erfolg wollten die Kommunisten den Gewerkschaften nicht zukommen lassen. Es muß immer wieder festgestellt werden, daß überall dort, wo Kommunisten in Wirtschaftskämpfen ihre Hand im Spiele gehabt haben, die Arbeiter es haben schwer büßen müssen, daß überall dort, wo die Kommunisten die Hand bei Wirtschaftskämpfen im Spiele hatten, diese Kämpfe verlorengingen. Sie können mir auch nicht einen einzigen Fall nennen, wo ein Erfolg zu verzeichnen gewesen ist in den Fällen, wo die kommunistische Partei sich in Wirtschaftskämpfe eingemischt hat. Das Ziel der Kommunisten ist ganz selbstverständlich die Vernichtung und Zertrümmerung der Gewerkschaften, wie sie ja in letzter Zeit das so oft durch praktische Betätigung zum Ausdruck gebracht haben. (D)

Was die Kommunisten bei wirtschaftlichen Kämpfen wollen, ersehen wir ja auch klar und deutlich aus einem vertraulichen Rundschreiben, das die Beschlüsse des Landeskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition vom 25. zum 26. Januar bekanntgibt. Es heißt dort zum Schluß:

Das unmittelbare Ziel der Gesamtarbeit ist die Auslösung großer Wirtschaftskämpfe unter der Führung der von der Arbeiterschaft gewählten Kampfleitungen.

(Sehr richtig! b. d. Komm.)

Die Lohn- und Arbeitszeitbewegung in der sächsischen Textilindustrie muß von der gesamten Gewerkschaftsopposition unterstützt werden. Sie kann und muß der Hebel für Streikbewegungen in den anderen Industriegruppen sein. Neben der Vorbereitung ökonomischer Streiks, die in der gegenwärtigen Situation ausgesprochen politische Bedeutung erhalten, muß die Anwendung der politischen Massenstreiks von der revolutionären Gewerkschaftsopposition stärker als bisher propagiert werden.

(Sehr gut! b. d. Komm.)

Also aus diesem Rundschreiben ersehen wir, daß die Kommunisten durchaus bei den wirtschaftlichen Kämpfen parteipolitische Geschäfte machen wollen und daß ihnen gar nichts daran liegt, die Arbeiterschaft in den wirtschaftlichen Kämpfen vorwärtszuführen.

Das hat sich auch ganz deutlich aus den Ereignissen in Hartmannsdorf gezeigt. Am 19. November sollten Verhandlungen mit der Direktion des Betriebs Recenia stattfinden. Die Kommunisten wandten sich aber ganz